che Anlagegüter gewährt wurde? Soviel zu den Grundfragen des mittelfristigen Förderkonzepts.

Selbstverständlich ist, daß die Bundesregierung natürlich bei ihrem Förderkurs von den anderen Verantwortlichen entsprechend flankiert werden muß. Tarifparteien habe ich schon angesprochen. Die westdeutsche Wirtschaft selbst ist natürlich auch massiv gefordert. Das betrifft die Industrie, die mehr als bisher in Ostdeutschland Unternehmen gründen muß, Kompetenzzentren hinverlagern muß und Industrieproduktion ausweiten muß. Der Handel muß sich verstärkt bemühen, ostdeutsche Güter in westdeutsche Regale zu bringen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Handelsgespräch beim Kanzler, wo sich die großen westdeutschen Handelsketten verpflichtet haben, die Bezüge bis Ende 1998 zu verdoppeln, verglichen mit 1995. Das betrifft desweiteren die Kreditwirtschaft, die weiterhin aktiv bereit sein muß, Risikokapital und Existenzgründungen zu fördern.

Abschließend noch eine Bemerkung: Wenn alle Beteiligten, das heißt also Bundesregierung auf der einen Seite und Tarifparteien und private Wirtschaft auf der anderen Seite, diese Verantwortung wie in der Vergangenheit weiter wahrnehmen, besteht genügend Anlaß zu der Hoffnung, daß die Transformation der ehemaligen DDR in eine moderne Industriegesellschaft in den nächsten Jahren erreicht wird. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Herrn Claßen für seinen umfangreichen Einführungsvortrag. Der Blick auf die Uhr sagt mir, daß wir doch sehen sollten, daß die folgenden Kurzvorträge etwa um 10 Minuten liegen, damit wir noch diskutieren können.

Darf ich bloß zu meinem Verständnis fragen, Herr Claßen, ob ich da richtig gehört habe. Welche Zahl haben Sie zur Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern genannt?

Horst Claßen: 1,4 Millionen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Arbeitslosigkeit in Prozent.

Horst Claßen: 18,4 %.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): 18,4 % und dann ist das ja mit ABM und allen anderen Sachen doch noch deutlich mehr. Gut. Ich dachte, daß wir der Dame den Vorrang geben und möchte Frau Ulrike Staake, Präsidentin der IHK Cottbus, um ihren Kurzbeitrag bitten.

Ulrike Staake: Herzlichen Dank, ich werde mich bemühen, Sie nicht erneut mit Zahlen zu bombardieren und mich vielleicht auch in meinem Fragenkatalog u. a. auf das Thema Leistungen von Arbeitskräften, berufliche Qualifikation, Ausbildung usw. konzentrieren, aber man hat mich auch gebeten, ganz kurz Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, obwohl ich mich ganz deutlich

frage, warum wir überhaupt in der Wirtschaft heute noch Vergangenheitsbewältigung betreiben.

Mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde die in jeder Hinsicht extrem leistungsschwache ostdeutsche Wirtschaft ohne Übergangszeit bei einem Wechselkurs von 1:1,8 zu einem einzigen großen Markt mit allem, was darin an marktwirtschaftlichen Wettbewerb herrschte, fusioniert und damit waren die Folgen klar: Was der ostdeutschen Wirtschaft an Anpassungszeit aus wohlverstandenen politischen Gründen nicht gewährt werden konnte, mußte ihr an Anpassungsgeld zugestanden werden. Wir mußten uns einfach Zeit kaufen. Den Wettbewerb mit der westdeutschen und der gesamten westlichen Welt konnten weder der Kapitalstock qualitativ noch quantitativ, noch die Produktivität, Funktionalität und Qualität der Produkte sowie das Know how der Mitarbeiter standhalten. Dieser Umstand wurde noch deutlicher, als die Kundenbasis im Comecon und in Ostdeutschland radikal wegbrach. Man brauchte eigentlich kaum eine verarbeitende Industrie in Ostdeutschland, um dessen Bevölkerung zu versorgen. Was man allerdings brauchte waren Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mußte angestrebt werden. Die Konsequenz sah so aus, daß Ostdeutschland den wirtschaftlichen Aufbau von einer Minusbasis beginnen mußte.

Die Zeiten asiatischer Wachstumsraten sind vorbei, der Aufholprozeß hat an Schwung verloren, die Sonderkonjunktur Ost, insbesondere im Bereich Bauwesen ist vorbei. Viele große Investitionen auf der Infrastrukturseite und in der Industrie sind abgeschlossen, der Aufholprozeß hat sich verlangsamt. Die Beseitigung von Standortdefiziten benötigte wesentlich mehr Zeit als ursprünglich gedacht. Zur Schaffung einer tragfähigen industriellen Basis muß investiven Transfers in die neuen Bundesländer sicherlich auch gerade im Bereich der Infrastruktur der Vorrang vor einer konsumptiven Verwendung gegeben werden.

Die Eigenleistungsquote ist zu gering, ihr Bruttoinlandsprodukt beträgt weniger als zwei Drittel der inländischen Nachfrage. Die Unternehmensbasis in den neuen Bundesländern reicht nicht aus, um genügend Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Dies gilt sowohl für die Zahl, als auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Noch immer ist die arbeitsteilige Verflechtung der kleinen und mittleren Industriebetriebe mit großen Unternehmen wenig entwickelt. Die Produktion ist in erster Linie durch Einzel- und Kleinserienfertigung geprägt und erreicht nicht das Produktionsniveau einer stärker vernetzten Industriegesellschaft. Es gibt kaum Systemanbieter in den neuen Bundesländern. Unternehmen, die als Zulieferer für Großunternehmen fungieren wollen, werden zukünftig stärker in den Wertschöpfungsprozeß einbezogen werden müssen.

Die Palette der Anforderungen reicht von der Vernetzung von EDV-Systemen bis zur Offenlegung von Kostenkalkulationen. Dieses Netzwerk kann dazu beitragen, daß an die Stelle kurzfristiger Geschäftskontakte langfristige Koope-

rationensbeziehungen entstehen und entstehen müssen. Die Produktivität der ostdeutschen Industrie beträgt knapp 51 % der westdeutschen Produktivität. Dies führt zu Lohnstückkosten, die ca. 34 % über den westdeutschen liegen. In der Lohnpolitik lassen sich sicherlich Fehlentscheidungen der Vergangenheit nicht mehr rückgängig machen, aber eine Kurskorrektur ist notwendig. Die Angleichung der Löhne an westdeutsches Niveau muß auf einige Jahre ausgesetzt werden. Es muß Raum für eine Lohnfindung geschaffen werden, die sich an der Leistungsfähigkeit der Unternehmen orientiert. In vielen Industriebetrieben ist dieser Kurswechsel durch betriebliche Vereinbarungen zum Teil unter Mißachtung der Tarifverträge vollzogen worden. Doch kann es bei einer stillschweigenden Duldung bleiben.

Ein wesentlicher Grund für dieses Produktivitätsniveau liegt in der relativ geringen Realkapitalausstattung von 50-60 % des westdeutschen Niveaus. Hinzu kommt die noch vielfach geringe Betriebsgröße, vor allem im produzierenden Gewerbe, die weitere Kostennachteile nach sich zieht. Hier addieren sich vier Strukturprobleme: Vergleichsweise hohe Lohnkosten, geringe Arbeitsproduktivität, zu niedrige Realkapitalausstattung und unterkritische Betriebsgrößen führen zu massiven strukturellen Wettbewerbsnachteilen, die sicherlich nur sehr schwer zu überwinden sein werden. Weiteren Nachteilen sind ostdeutsche Unternehmen auch im Bereich Forschung und Entwicklung ausgesetzt. Insbesondere zeigt sich u. a. auch der Charakter vieler Industriebetriebe Ostdeutschlands als verlängerte Werkbank. Damit können ostdeutsche Unternehmen und ihre Mitarbeiter nur wesentlich langsamer als ihre westlichen Konkurrenten das im internationalen Wettbewerb unerläßliche logische Know how zur Innovation von Produkten und Prozessen aufbauen. Dies ist mit Sicherheit eine der Ursachen, warum ostdeutsche Unternehmen sich hauptsächlich auf den lokalen und regionalen Absatzmarkt konzentrieren und bei der Erschließung neuer internationaler Märkte dagegen nur ungenügend vorankommen und auch oft genug versagen.

Gerade auf Forschungs- und Entwicklungs- sowie Marketingaktivitäten wirkt sich die Eigenkapitalschwäche der ostdeutschen Unternehmen negativ aus. Sie ist die Folge von vergangenen Strukturschwächen und damit Verlusten. Da ostdeutsche Unternehmen nicht annähernd über die stillen noch offenen Reserven ihrer westlichen Wettbewerber verfügen, wird der Eigenkapitalmangel zu einer gravierenden Strukturschwäche. Denn nur aus Reserven und Eigenkapital lassen sich Risikoaufwendungen für Markt, Vertrieb und Entwicklung vernünftig finanzieren. Diesem Zyklusviteriosus müssen wir vorbeugen, daher können wir nur die Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums begrüßen.

Die Markteinführung von Industrieprodukten und die Bereitstellung von Exporthilfen hat immer noch eine ganz hervorragende Bedeutung. Was aber machen Unternehmen in Ostdeutschland die das Wagnis eingingen? Was waren das für Unternehmen? Es waren staatliche Unternehmen im Eigentum der Treuhand und manche sind dies heute noch oder unfreiwillig wieder. Die Privatisierungspraxis zeigt – hinterher sind wir allerdings immer klüger – rück-

blickend teilweise Mängel: eine zu hohe Kaufpreisregelung, die zu hohen Bewertungsansätze von Immobilien, die Mehrerlös- und die Spekulationsklausel, schwammige Vereinbarungen zur Beseitigung ökologischer Altlasten, ungeklärte Eigentumsverhältnisse, zu hohe Investitions- und Arbeitsplatzauflagen und eine zu schwachbrüstige Kapitalausstattung.

Dennoch ist es faszinierend, was alles gutgegangen ist. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die BVS auch in Zukunft mit einem Nachverhandlungsstau konfrontiert wird. Eine größere Flexibilität, auch heute, wäre wünschenswert. Die mittlere Entscheidungsebene ist einfach oft genug zu schwach.

Zum zweiten waren es Unternehmen, die von westdeutschen Investoren übernommen wurden, zum überwiegenden Teil als verlängerte Werkbank, zum geringeren Teil als eigenständige Werke oder Unternehmensbereiche. Waren die Investoren stark solide und im internationalen Wettbewerb integriert und erfahren, so mußten zwar Kapazitäten, Strukturen und Beschäftigung angepaßt werden, aber die Grundexistenz schien gesichert. Und zum dritten waren das Unternehmen im Rahmen von Management buy out and buy in.

Doch wie sieht es mit der Qualifikation aus? Technische Ausbildung und Fähigkeiten der ostdeutschen Unternehmer auf der ersten wie auf der operativen Ebene sind in der Regel gut. Aber natürlich fehlen noch weitgehend Know how und Erfahrungen in dem was man im Westen unter Lean Manufacturing versteht. Für den Großteil des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern sind hier noch ganz erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten gegeben. Viel zu häufig wird zentralisiert, die gesamte Entscheidungsfindung beim Chef konzentriert. So kann kein Unternehmen wachsen, und es passieren im täglichen operativen Geschäft an der Front immer wieder gravierende Probleme mit Auswirkungen auf Umsatz, Kosten und Ertrag.

Personalentwicklung und Weiterbildung ist noch ein genereller Schwachpunkt. Immer wieder fällt es Führungskräften schwer den richtigen Mittelweg im Umgang mit Mitarbeitern zu finden, zwischen Konsequenz, Klarheit und Härte auf der eine Seite und sachlicher Unterstützung, Hilfe und insbesondere Führung andererseits. Es fehlt oft an Transparenz der für die unternehmerischen Entscheidungen unabdingbaren Daten über Erlöse und Kosten, über Einnahmen und Ausgaben. Finanzmanagement, Rechnungswesen und Controlling gehören immer noch zu den Schwachpunkten. Im Bereich Marketing, Vertrieb und Service zeigt sich deutlich, daß nicht nur reines Faktenwissen, sondern vor allem Erfahrungen, Intuition und Gespür für das Machbare ein Rolle spielen. Schwächen zeigen sich in den Bereichen Einkauf und Materialwirtschaft. Es fehlt manchmal auch an der Bereitschaft, sich kämpferisch zu engagieren und auch einmal nein zu sagen, und den Konflikt zu wagen. Die Vorräte sind vergleichsweise hoch, es fehlt die notwendige Logistik-Know how.

Zutiefst sitzt vielfach noch die Erfahrung aus der Zeit der Knappheitswirtschaft. Es fehlt die Erfahrung in Ausnahme- und Krisensituationen. Dabei werden oft zwei erfolgsbestimmende Spielregeln verletzt. Zum einen die Sympto-

me eine heraufziehende Krise anhand der Finanz- und Marktdaten frühzeitig zu erkennen und zum anderen, sobald die Symptome erkennbar sind, sofort gegenzusteuern und alle involvierten Partner zu informieren und für Hilfe und für ein Maßnahmenpaket zu gewinnen.

Diese Schwachstellenanalyse können wir übrigens hautnah in einem Managementprojekt der IHK Cottbus nachvollziehen. Ca. 900 Unternehmer, leitende Angestellte also, die erste und die zweite Ebene, absolvieren ein praxisorientiertes mehrmonatiges Coaching. Hier ist noch viel zu tun. Unser Motto heißt: „Wer in den Fußstapfen anderer läuft, kann nie überholen." In der Berufsausbildung sind wir auf Überholkurs. Lassen Sie mich stellvertretend die Ausbildungsplatzsituation der Region Cottbus schildern. Der Wirtschaft ist es auch 1996 gemeinsam mit dem Arbeitsamt und der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer gelungen, 6.100 Lehrstellenbewerbern einen Ausbildungsplatz bereitzustellen. Insgesamt hatten sich 8.400 Jugendliche als suchend beim Arbeitsamt gemeldet. Das restliche Drittel entschied sich jedoch für einen weiteren Schulbesuch, Studium, Praktikum, Arbeitsaufnahme oder sonstige berufliche Alternativen. Die Zahl der Bewerber steigt überproportional gegenüber dem Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot. 1996 bewarben sich 1.100 Jugendliche mehr um eine Lehrstelle, das entspricht einem Plus von 15 % gegenüber 1995. Erschwerend kommt hinzu, daß sich auch immer mehr Abiturienten für eine Ausbildung und gegen ein Studium entscheiden. 1996 wurde jeder dritte IHK-Ausbildungsvertrag mit einem Abiturienten geschlossen. Viele Jugendliche bevorzugen sogenannte Traumberufe, vornehmlich im Dienstleistungs- und Verwaltungssektor. Sie glauben, daß das sichere Arbeitsplätze sind. Gerade hier aber ist das Ausbildungsplatzangebot aufgrund der regionalen Wirtschaftsstruktur besonders dünn. 600 Jugendliche wanderten daher in das Altbundesgebiet ab. Das ist eine Steigerung von 50 % zu 1995. Schwierig ist die Situation für Mädchen mit kaufmännischen Berufswünschen. Leider konzentriert sich die Bandbreite der Ausbildungswünsche auf zu wenige Berufe.

Die schwierige Wirtschaftslage zwingt die Unternehmen Personal abzubauen, was sich auf das Lehrstellenangebot natürlich niederschlägt. Deutliche Einbrüche gab es vor allem in der Bau- und Metallbranche und im Einzelhandel. 1996 mußten allein 300 Auszubildende aus Konkursbetrieben erneut vermittelt werden, um die Ausbildung ordnungsgemäß abschließen zu können. Beim Sockel der nicht zu vermittelnden Jugendlichen verhinderten oft geringe schulische Leistungen, fehlende Mobilität und Motivation eine sofortige Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis. Die voraussichtliche Ausbildungsplatzlücke wird 1997 bei ca. 1.300 Bewerbern liegen. Akquirieren werden das Arbeitsamt, die Handwerkskammer und die IHK deshalb in 1997 vornehmlich bei Unternehmen, die noch gar nicht oder nicht mehr ausbilden. Ca. 12.000 Betriebsbesuche sind eingeplant. Das Kernstück unserer Aktivitäten, ist das Klinkenputzen und nicht die Sonntagsreden, auch nicht die großen Appelle. Darüber hinaus werden sich Handwerkskammer und IHK dafür einsetzen, daß die neuen Ausbildungsberufe schnellstens vom Bundeswirtschaftsministerium er-

lassen werden – darunter die vier neuen Berufe in der Information zur Kommunikationstechnik –, Ausbildungsvergütungen durch die Tarifparteien eingefroren bzw. gesenkt werden, was die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöhen wird, die Berufschulzeiten flexibilisiert werden, d. h. für die Betriebe organisationsfreundlicher gestaltet werden. Weitere Probleme sind die Straffung der Berufsschulzeiten, die Zusammenlegung halber Berufsschultage zu ganzen Berufsschultagen und insbesondere auch die Einbindung des öffentlichen Dienstes.

Ein weiterer Mosaikstein bei der Lehrstellengewinnung ist die Ausbildung im Verbund. 1996 sind 31 Verbünde aus 62 Betrieben in unserer Region entstanden. Dies sind als Vergleich 2 mal so viel wie in Nordrhein-Westfalen. Ein interessantes Nischenthema.

Abschließend einige Worte zur Förderpolitik. Bei der bisherigen Wirtschaftsförderung konnte es nicht ausbleiben, daß auch Fehlinvestitionen getätigt wurden. So etwas ist unvermeidlich, wenn die Förderpolitik nach dem Prinzip trial and error vorgehen muß. Gegebenenfalls müssen auch schlagzeilenträchtige Unternehmenszusammenbrüche hingenommen werden. Allerdings kann es nicht die Aufgabe des Staates sein, Unternehmen, die im Markt keine Überlebenschancen haben, dauerhaft unter seine Fittiche zu nehmen. Wir brauchen den Mut zur Lücke, zum weißen Fleck und dies, sagen wir, in einer Randregion von Ostdeutschland.

Die umfangreichen Fördermaßnahmen waren eine unverzichtbare Voraussetzung für den Aufbau. Die Fortsetzung einer Sonderförderung bleibt geboten, Abstriche sind nicht möglich, aber auch eine erfolgreiche Förderpolitik gehört auf den Prüfstand. Die derzeitige Förderpolitik ist gekennzeichnet durch eine nicht mehr überschaubare Zahl von Programmen, die von seiten der EU, des Bundes und der Länder angeboten werden. Komplizierte Zugangsverfahren sind mit Blick auf den angestrebten Förderzweck kontraproduktiv. Die Vielzahl von Genehmigungsstellen zeigt, daß zumindest bei der Anzahl von Förderprogrammen des Guten zu viel getan worden ist. Statt bei der Entwicklung neuer Programme immer nur oben zuzulegen, sind Entscheidungen zur Straffung der Förderpolitik erforderlich. Um eine Straffung zu erreichen, ist zur Stärkung der Investitionsfähigkeit eine Basisförderung festzulegen. Eine kleine Anzahl von Sonderprogrammen mit transparenten Zugangsbedingungen ist gefragt und reicht aus. Eine stärkere Koordination zwischen Landes- und Bundespolitik wird erforderlich. Hier darf es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Es findet ein Schönheitswettbewerb zwischen den Regionen statt, und die Marktakteure tun gut daran, sich klar zu machen, daß ein Kirchtumdenken nicht aus der Sackgasse führt.

Förderinstrumentarien müssen vor Ort zusammengeführt werden. In Ostdeutschland ist der Strukturwandel noch lange nicht abgeschlossen. Die Erfahrungen, auch in Westdeutschland haben gezeigt, daß sich der Aufbau von international wettbewerbsfähigen Industrien eben nicht innerhalb von 6 Jahren

vollzieht. Aber wir müssen offener darüber reden, und dieses sicherlich nicht in Form von Sonntagsreden. Herzlichen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Frau Staake. Ich möchte nun Herrn Dr. Hielscher, Unternehmer und Vizepräsident der IHK, hier in Dresden das Wort geben. Er ist ja ein Platzhirsch, möchte ich fast sagen, und ich denke, wir können in seinen Bemerkungen auch erwarten, daß wir noch einmal zu einem gewissen Orts- oder Landesbezug kommen. Bitte Herr Hielscher.

Dr. Günter Hielscher: Ja, schönen Dank, Herr Dr. Jork, werter Herr Vorsitzender, werte Mitglieder der Enquete-Kommission. Ich möchte mit meinem Beitrag einen Situationsbericht geben und nicht zu sehr in der Vergangenheit schwelgen und mich auch nicht in der gesamten Breite, was das Thema zuläßt, auslassen. Dazu haben sich Herr Claßen und Frau Staake schon sehr umfassend geäußert.

Ich möchte zunächst die Situation aus meiner Sicht mit ein paar Sätzen charakterisieren. Die wirtschaftliche Lage in der Industrie ist insgesamt weiterhin angespannt. Positive Entwicklungen in ausgewählten Branchen stimmen hoffnungsvoll. Ein Durchbruch in aller Breite in der Weise vergleichbarer Industriebranchen zu den alten Bundesländern ist noch nicht in Sicht. Der selbsttragende Aufschwung wird noch einige Jahre unternehmerische Aufbauarbeiten in den neuen Bundesländern und solidarische Unterstützung durch die alten Bundesländer benötigen. Das bisher Geleistete nötigt Respekt ab und verdient Anerkennung. Der nötige Kapitalaufwand und der Zeithorizont wurden bisher falsch eingeschätzt.

Ich möchte auch hier gleichzeitig als einen wichtigen Ausblick anschließen, daß wir dann von einer Vollendung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit möglicherweise sprechen können, wenn es uns gelingt, die gegenwärtige Wirtschaftsleistung pro Einwohner zu verdoppeln. Ich will das an zwei Zahlen verdeutlichen. Wir haben gegenwärtig eine Umsatzgröße je Einwohner in den alten Bundesländern von 46,6 auf 1.000 DM und in Sachsen von 23,9 auf 1.000 DM. Sachsen liegt etwas unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Daran wird schon erkennbar, wie sich das Bruttoinlandsprodukt 1995 gegenüber dem, was in den alten Bundesländern erwirtschaftet wird, darstellt. Insofern relativieren sich auch die Angaben, die Ihnen von Herrn Claßen aus dem BMWi zur Kenntnis gegeben worden sind.

Ich möchte auf ein paar Schwerpunkte dezidiert eingehen, die auch bei Frau Staake schon angesprochen worden sind, aber ich möchte sie im Zusammenhang darstellen. Vielleicht wäre es die günstige Gelegenheit, wenn ich jetzt hier an dieser Stelle zu Wort komme. Zum Umsatz hatte ich mich bereits geäußert, er ist zu verdoppeln.

Des weiteren zur Frage der Lohnentwicklung und der Produktivität. Hier ist festzustellen, daß die Produktivität hinter der Lohnentwicklung hinterherhinkt. Hierin liegt eines der ganz wesentlichen Hemmnisse innerhalb der mittelstän-

dischen Wirtschaft – nicht nur im Freistaat Sachsen, sondern auch in den neuen Bundesländern – und daran gekoppelt sind Fragen der Lohnstückkosten. Wenn man sich ausgiebig auf das produzierende Gewerbe im Freistaat Sachsen bezieht, würde ich ganz gern auch an dieser Stelle zwei Entwicklungen kundtun, die verdeutlichen, wie immens der Umbruchprozeß bereits vonstatten gegangen ist und das in bezug setzen zu den gegenwärtigen niedrigen Level. Das muß man ganz sachlich feststellen. Ich denke, in dem Kreis sollte man sich auch sachlich zu diesen Zahlen austauschen. Wir waren im Jahr 1989 im Bereich des produzierenden Gewerbes in Sachsen immerhin 1,5 Mio. Beschäftigte. Das waren immerhin 53 % aller Beschäftigten. 1995 waren es immerhin noch 741.000 von 1,5 Mio.

Des weiteren zu den Fragen Export. Ich spreche das deswegen hier an, weil der Export im verarbeitenden Gewerbe eine ganz wichtige Bedeutung hat. An den Exportzahlen wird deutlich was hier noch zu leisten ist. Bevor ich zu den Exportzahlen komme, will ich auch gleich an dieser Stelle darauf hinweisen, daß wir gegenwärtig einen innerdeutschen Warenverkehr zu Ungunsten der neuen Bundesländer von etwa 50 Milliarden haben. Das heißt 50 Milliarden gehen jedes Jahr aus den alten Ländern in die neuen Bundesländer. Rechnet man jetzt diese mittlerweile entstandenen innerbetrieblichen Verflechtungen zwischen Unternehmen alte Bundesländer, Tochterunternehmen oder vorgeschobene Werkbänke hinzu, dann schätzten die Experten eine Größenordnung von 200 Milliarden DM, die in den alten Bundesländern als Kapazität, als Absatzgebiet mit der Einheit erschlossen worden sind. Das fehlt natürlich als Substanzgrundlage, als Absatzgrundlage in den neuen Bundesländern. Hier würden sich natürlich Reserven erschließen lassen.

Gehen wir jetzt zum Export, und hier rede ich vom Auslandsumsatz, nicht bloß von dem, was außerhalb von Sachsen oder den anderen neuen Bundesländern in andere Länder im Absatz getätigt wurde. Ich fange einmal klein an. Das heißt, ich greife einmal Städte wie Leipzig, Dresden und Chemnitz in Sachsen heraus, dann ergibt sich ein Auslandsumsatz zum Gesamtumsatz, bezieht man die Exportquote des jeweiligen Unternehmens auf Basis des Bruttoinlandsprodukts für die Stadt Dresden im Jahre 1996 von 7,8 %, für Chemnitz von 17,5 % und für Leipzig von 6,3 %. Wenn ich dagegen einmal vergleichbare Städte im alten Bundesgebiet betrachte, ist festzustellen, daß Hannover eine Exportquote von 31,1 %, Düsseldorf von 29,7 % und Frankfurt als Bankenstadt eine Exportquote von 27,6 % aufweist und somit weisen diese Städte weit mehr auf als die Städte des Freistaates Sachsen, die industrielle Standorte gewesen sind.

Wer durch diese Städte fährt, z. B. durch Dresden, wird feststellen, was an Industriestandorten nicht mehr existiert. Ich hatte vorhin Herrn Jork salopp gesagt, weil ich nun einmal Platzhirsch bin, daß ich erst heute wieder an seinen ehemaligen Betrieb dem Reglerwerk Dresden, welches jetzt eine Ruine inmitten der Stadt Dresden darstellt, vorbeigefahren bin. Ich denke, dahinter verber-

gen sich noch vielerlei Fragestellungen und auch vielerlei Dinge, die uns gemeinsam angehen und der Lösung bedürfen.

Was den Export des verarbeitenden Gewerbes anbelangt, ist festzustellen, daß die Exportquote auch hier von der Tendenz, seit 1990 zu 1995 gesunken ist. Das ergibt sich ganz einfach dadurch, daß der Exportanteil am Anfang bei niedrigem Umsatz höher lag, zwischenzeitlich der Umsatz bei gleichbleibendem oder niedrigerem Exportanteil zurückgegangen ist, und dadurch die Exportquote sich rein rechnerisch reduziert hat. Insofern ergibt sich für das verarbeitende Gewerbe im Freistaat Sachsen eine Exportquote im Jahre 1995 von 11,5 %. In den alten Bundesländern liegt die Exportquote mit 26 % erheblich höher. Wenn man jetzt die Exportquote auf Basis des Bruttoinlandsprodukt bezieht, die in den alten Bundesländern im Jahr 1995 bei 23,2 % lag, dann wird die Differenz noch größer. In Sachsen hatten wir 1995 eine Exportquote von 6,2 % bezogen auf das BIP, im verarbeitenden Gewerbe von 11,5 %. Hier wird offenkundig, daß in einem Großteil des sehr stark industrialisierten Sachsens einerseits erhebliche Exportpotentiale schlummern, auf der anderen Seite aber ganz einfach die Kraft, die ein Unternehmen ja verstärkt aus dem Export schöpft zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Das sind Fakten, die man so zur Kenntnis nehmen sollte.

Zu den Investitionen: Herr Claßen sprach ja auch von der Exportfreudigkeit, vom Exportwachstum. Gesiegt hat wiederum auch das verarbeitende Gewerbe. Ich wollte mich bewußt nur auf diesem Bereich, der ja besonders exportorientiert ist, in meinen Ausführungen einlassen. Hier ist festzustellen, daß in den alten Ländern die Investitionen 1996 im verarbeitenden Gewerbe, bezogen auf die Gesamtinvestitionen, immer um 15,6 % lagen. In den neuen Bundesländern betrug dieser Anteil nur 12,6 % im verarbeitenden Gewerbe. Wenn man das bis 1991 zurückverfolgt, ist festzustellen, daß sich die Investitionsfreudigkeit im verarbeitenden Gewerbe rechnerisch reduziert hat, weil andere natürlich an Investition zugenommen haben. Ich greife die Dienstleistungen heraus. Dienstleistungen sind ganz beachtlich gewachsen.

Und ganz zum Schluß noch eine Anmerkung zur Arbeitskräfteverteilung. Dies möchte ich an zwei Zahlen oder an zwei Bereichen verdeutlichen. Das verarbeitende Gewerbe hat sich im Freistaat Sachsen seit 1990 beachtlich im Bereich der Produktivität und auch im Lohn, ich denke an Metall-Elektro-Tarif, entwickelt und auch am meisten Arbeitskräfte abgebaut. Im Bereich der Dienstleistungen sind weitestgehend diese freigesetzten Arbeitskräfte der Industrie, sprich im verarbeitenden Gewerbe im Speziellen, aufgefangen worden. Dies ging aber mit einer äußerst niedrigen Produktivitätsentwicklung und einer verhältnismäßig, aber immer noch stärkeren als die Produktivität gewachsenen Lohnentwicklung, einher. Hier ist eine Grenze erreicht und wir müssen uns natürlich auch Gedanken darüber machen, wie man, wenn sich die Dienstleistungen im Rahmen des Wettbewerbes noch stärker auf Produktivität einstellen und das Dienstleistungswesen keinen Absatzmarkt in der nötigen Weise oder im nötigen Umfang findet, die Dienstleistungen sich auch selbst in der

wirtschaftlichen Stärke erhalten können. Wir müssen uns hier also Gedanken darüber machen, hier ist der Unternehmer gefragt, wie wir in diesem recht kompliziert weiterhin sich darstellenden Umstrukturierungsprozeß nicht noch mehr Arbeitslose durch Produktivitätssteigerung in den Unternehmen, ich will nicht sagen produzieren, aber sich ergeben.

Mein Credo ist: Es muß uns gelingen, mehr für den Absatz zu tun, mehr auch den Schwerpunkt im Bereich der Industrie zu sehen, denn Dienstleistungen benötigen Industrie. Der Level der Industrie im Freistaat Sachsen, welches ein klassisches Industrieland war und wieder sein wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht ist, muß sich wieder erhöhen, und damit werden sich dann auch die Dienstleistungen und die anderen Bereiche entsprechend mitentwikkeln können. Dann haben wir genau das, was ich eingangs erwähnte, dann läßt sich die Produktion, das BIP pro Einwohner verdoppeln, dann werden auch die entsprechenden Erträge fließen, dann werden die Unternehmen die Geschicke im wahrsten Sinne des Wortes selbst in der Hand haben, und dann floriert auch die Marktwirtschaft im Freistaat Sachsen, schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Dr. Hielscher, auch dafür, daß Sie die Zeit so schön gehalten haben. Herr Dr. Ludwig, Sie sind dem Thema sicher ganz nah und wir freuen uns, daß Sie zu uns sprechen werden. Bitte.

Dr. Udo Ludwig: Ich bin in der Tat nahe am Thema, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, werte Abgeordnete, und ich werde mir gestatten, mich kürzer zu fassen, um nicht zu viel Wiederholungen aufkommen zu lassen.

Wir schreiben jetzt das Jahr 1997 und nicht mehr das Jahr 1994 oder 1995 und auch nicht das Jahr 1991, womit ich zum Ausdruck bringen möchte, daß, wenn man eine Zwischenbilanz zieht, man sie zeitpunktbezogen ziehen muß, und das heißt für mich heute, die neuen Länder befinden sich in einer Schwächephase. Durch die Meldung der amtlichen Statistik wissen wir, daß das Wachstum 1996 nur noch 2 % beträgt. Das ist, gelinde gesagt, eine ziemliche Enttäuschung. Nach meinen Prognosen wird das Wachstum im Jahr 1997 vielleicht ein kleines bißchen ansteigen, aber eben auch noch viel zu wenig, um weiter aufzuholen. Zwar setzt sich der Aufbauprozeß fort, aber der Aufholprozeß stockt nicht nur, sondern die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland wird auseinandergehen, wenn es bei diesem Wachstumstempo bleibt. So ernst muß man diese Situation heutzutage ansprechen. Ich komme bei meinen Erklärungsmustern nicht an dem vorbei, was hier viele Kollegen schon versucht haben, und ich will diesen auch nicht unbedingt widersprechen, vielleicht in Details.

Da ist zunächst die Gruppe der Erblasten, wie ich sie bezeichnen möchte, da ist die zweite Gruppe, das sind die Schocks, von denen die DDR-Wirtschaft getroffen wurde, und die dritte Gruppe, die man vielleicht unter „Vereinigungssünden“ zusammenfassen könnte. Lassen Sie mich kurz auf diese Punkte eingehen.

Ich würde drei Erblasten zumindestens herausstellen wollen, die von der DDR gekommen sind. Das ist die industrie- und agrarlastige Produktionsstruktur, die hier schon mehrfach angesprochen wurde. Nur stichpunktartig sei noch einmal der hohe Anteil des warenproduzierenden Gewerbes, selbst der Industrie, die der Kernbereich war, von etwa drei Fünftel, also fast 60 % der gesamtwirtschaftlichen Produktion erwähnt. Der Agrarsektor war ebenfalls relativ groß. Es war eine Industriegesellschaft, die durch die Vereinigung dann in eine Übergangsgesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft hineingestoßen wurde.

Zur zweiten Erblast: Die DDR hatte ein rückständiges Spezialisierungsmuster im Außenhandel. Vorhin wurde ja schon viel über Außenbeiträge, Außenhandel gesagt. Ich meine, ein wesentlicher Punkt ist dabei, daß die DDR ein rückständiges Spezialisierungsmuster aufwies. Im Osthandel lief alles in etwa so ab, wie man sich das vorstellt: Die DDR als rohstoffarmes Land importierte Rohstoffe, veredelte sie und verkaufte Maschinen. Diese Tatsache kann man an den Exportstrukturen nachsehen, aber im Westhandel sah die Situation so aus, daß Rohstoffe importiert wurden und Rohstoffe bzw. wenig verarbeitete Produkte wieder verkauft wurden. Wertintensive Produkte konnten im Westen nicht abgesetzt werden bzw. nur zu sehr niedrigen Preisen.

Zur dritten Erblast: Die dritte Erblast wurde hier auch schon angesprochen, der hochgradig verschlissene und veraltete Sachkapitalstock. Die Zahlen sind so frappierend, ich nenne sie deshalb noch einmal. Nimmt man die Verschleißquote der Ausrüstungen, also der Maschinen und Anlagen im Jahr 1989, muß man feststellen, daß 55 % der Ausrüstungen abgeschrieben waren, d. h. nur 45 % der Ausrüstungen waren eigentlich aktionsfähig, wenn man das einmal rein finanztechnisch darstellt. Betrachtet man die Alterstruktur der Ausrüstungen in der Industrie, also im Kernbereich, erkennt man, daß den größten Anteil Altersjahrgänge von 10 bis 20 Jahren aufwiesen, die also vor 1980 investiert worden waren. Eine moderne Wirtschaft, wie es die westdeutsche zu diesem Zeitpunkt noch gewesen ist, zeichnete sich durch eine junge Altersstruktur (1-5 Jahre) an Ausrüstungen, also Maschinen und Anlagen, aus. Der Anteil an „jungen“ Ausrüstungen lag in Westdeutschland bei 40 % und somit waren sie dementsprechend auch viel produktiver.

Das scheinen mir drei wesentliche Erblasten zu sein, produktionstechnisch, wirtschaftstheoretisch betrachtet.

Es gab natürlich auch ein Erbguthaben, das wollen wir nicht vergessen. Es ist hier am Rande auch bereits erwähnt worden, das ist das Humankapital, d. h. der hohe Ausbildungsstand der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR, der in den Einigungsprozeß hineingegangen ist. Von diesem ist ein Teil nach dem Westen auf die produktiveren Arbeitsplätze abgeflossen, aber das ist sozusagen das Gutachten, mit dem wir hineingegangen sind.

Der Wegfall der Abschottung gegenüber dem Westen legte die Schwächen der DDR-Wirtschaft schlagartig offen. Die Wirtschaft geriet in einen Schockzu-

stand, der sich in mehrerlei Hinsicht äußerte. Ich unterscheide die folgenden fünf Schocks:

Die Liberalisierung des Handels führte zu einem Angebotsschock. Augenblicklich verschwand ein ständiger Begleiter der zentralen Planwirtschaft, die Güterknappheit. Durch die Liberalisierung des Handels waren die Geschäfte voll mit importierten Produkten. Die Verkäufermärkte für die DDR-Unternehmen verwandelten sich in Käufermärkte. Es mußte ja nicht das gekauft werden, was produziert worden ist, sondern alle hatten die Wahl unter vielen Produkten. Das Ergebnis zeigte sich in einer kräftigen Verdrängung der Ostprodukte, also der ehemaligen DDR-Produkte, von den Binnenmärkten in der DDR, da sie den Güterangeboten aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland in Qualität und Ausstattung unterlagen. Ich höre immer die Klagen vom Verlust der Außenmärkte, was richtig ist, aber wir sollten doch die Binnenmärkte dabei nicht vergessen.

Ich komme zum zweiten Schock: Im Konsumgüterbereich wurde der Schockzustand um einen Werteschock verstärkt. Angesichts der reichlich vorhandenen westlichen Angebote stellten die privaten Haushalte ihr Kaufverhalten um. Die Verbraucherpräferenzen verlagerten sich entsprechend. Die privaten Haushalte haben auch keine DDR-Produkte mehr gekauft, sondern Westprodukte und dürfen sich natürlich dann auch nicht wundern, wenn die DDR-Produkte nicht mehr produziert werden können, weil sie nicht verkaufbar sind, und sie damit dann auch ihre Arbeitsplätze verlieren.

Die Währungsumstellung zog einen Kostenschock für die Güterproduzenten im Inland nach sich. Der Kostenschock hatte ohne Zweifel sehr viel mit dem damals ausgehandelten Umtauschkurs zu tun, und war aus der Sicht der Verbraucher natürlich hervorragend, aber für die Produzenten, für die Unternehmen wurde er zum Problem. Schaut man sich heute einmal die Preisstatistiken an, also die Änderung der Preise von 1989 zu 1990, als in DM bezahlt werden mußte, stellt man fest, für gewerbliche Produkte sanken die Preise im Durchschnitt um ein Drittel. Jetzt wird jeder sagen Durchschnittszahl, was erzählt der da für einen Quatsch.

Bei Brot verhielt es sich genau umgekehrt, das ist richtig, aber im Durchschnitt ist es so gewesen. Die Preise, die realisiert werden konnten, waren im Durchschnitt um ein Drittel geringer, aber die Kosten blieben durch die Umstellung der Löhne von 1:1 natürlich auf dem gleichen Niveau im Lohnkostenbereich und belasteten dann den Output, das Produktionsergebnis, die Erlöse. Das ist sozusagen die erste Phase des Kostenschocks.

Die Währungsumstellung zog einen Währungsschock bei den traditionellen Handelspartnern in den ehemaligen RGW-Ländern nach sich. Die Einführung der Hartwährung D-Mark im Osthandel zog aufgrund der Devisenknappheit der Handelspartner Außenmarktverluste nach sich. Außerdem führte der inzwischen auch in diesen Ländern in Gang gekommene Reformprozeß – vor allem in den kleineren Staaten – zu Neuorientierungen im Außenhandel. Die

Zahl haben wir vorhin gehört, daß die gesamtdeutschen Exporte in der Zwischenzeit nach Osteuropa ein Niveau erreicht haben wie die in die Vereinigten Staaten, aber zum großen Teil von Unternehmen getätigt werden, die ihren Sitz im Westen haben.

Die Ablösung des am zentralen Plan ausgerichteten Regelwerks der Wirtschaft durch eine marktwirtschaftliche Ordnung führte zu einem institutionellen Schock. Dieser kann so auf den Punkt gebracht werden: Staatsunternehmen sind keine Marktproduzenten, die müssen erst umgewandelt werden und das geht nicht von heute auf morgen, das dauert Zeit. Die völlig anders geartete Organisation des Zusammenspiels zwischen den Unternehmen in der Plan- gegenüber der Marktwirtschaft trat in der äußerst begrenzten Handlungsfähigkeit der Staatsunternehmen unmittelbar nach der Verordnung marktwirtschaftlicher Verhältnisse per Gesetz zu Tage. Es fehlte ihnen nicht allein an Erfahrung und Know-how des Marktverhaltens, sondern zumeist auch die materielle Basis dazu. Der Typus des marktwirtschaftlichen Unternehmens muß erst geschaffen werden.

Die Schockwirkung wurde verstärkt durch die Politik der schnellen, von der Produktivitätsentwicklung losgelösten Lohnangleichung in Ostdeutschland. Die Kostenbelastung verschärfte sich. Die Unternehmen reagierten mit Produktionskürzungen und Arbeitsplatzabbau. Stellen Sie sich das vor – ich habe das nachgerechnet – im Jahre 1992, verglichen mit 1991, kam es zu einer Erhöhung der Löhne pro Beschäftigten um über ein Drittel, um 37 %. Welches Unternehmen kann das aushalten? Das kann auch kein Westunternehmen aushalten und schon gar nicht die angeschlagenen Unternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Das ist für mich die „Vereinigungssünde“ oder eine der Vereinigungssünden, über andere will ich heute nicht reden, aber das ist eine Sünde gewesen, und man lastet diese Verfehlung in der Regel ja nur den Tarifpartnern an, also den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern.

Ich meine, hier haben auch andere Schuld abzutragen, die das geduldet haben. Schließlich kommt es dann, wie es in der Ökonomie nicht anders sein kann, dazu, daß die Produktion einbricht. Die Zahlen haben wir gehört: um 34 % ging die gesamtwirtschaftliche Leistung zurück. Ich würde sagen, in der Industrie ging sie um 75 % zurück.

Die unvermeidliche Schrumpfung der Alt-Industrien ging in eine De-Industrialisierung großen Ausmaßes über. Und wenn man es sich ganz deutlich, in bezug auf die Industrie, vor Augen führen will: Die DDR war, ich sagte das, industrielastig, und wenn wenn man das einmal in Erwerbstätigenzahlen zum Ausdruck bringt, es gab ungefähr 220 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner und in den alten Ländern waren es etwa 115 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner. Nach diesen Schocks und nach diesen Sünden blieben in den neuen Ländern 1992 nur noch etwa 60 bis 65 Industriearbeiter auf 1.000 Einwohner. Der Industriebesatz lag unter dem Niveau von Schleswig-Holstein, und Schleswig-Holstein (1990: 68 Personen) ist das, unter den alten Bundesländern, am geringsten industrialisierte Bundesland. Auch in Sachsen, einer der

Geburtsstätten der deutschen Industrie und eines der industriellen Kernländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, gab es 1992 nur noch 65 Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner. Diese Situation ist im Jahre 1991/92 radikal eingetreten und hat sich dann marginal gebessert. Aber die Grundtendenz, die Grundaussage bleibt erhalten.

Mit der Deindustrialisierung erodierte die Basis für hohe Wertschöpfungsbeiträge in den neuen Bundesländern. Deshalb brauchen wir uns heute gar nicht zu wundern, wenn wir die Schwächephase der Wirtschaft einschätzen und uns anschauen, wie die Auftriebskräfte wechseln, und fragen was klappt da nicht, oder warum war das Wachstum überhaupt so hoch?

Es war hoch, weil es vom Baugewerbe und vom Dienstleistungssektor getragen wurde, und das hat gleichzeitig zu strukturellen Verwerfungen geführt, zumindest was das Baugewerbe anbetrifft. Die Bauunternehmen haben zwar für den Markt produziert, da war Nachfrage vorhanden, und dort ist auch etwas geschaffen worden, aber es hat strukturell gesehen eine Verzerrung gegeben, eine Einseitigkeit. Die Verzerrung fällt jetzt, wo die Nachfrage nicht mehr da ist, bzw. wo die Förderung bestimmter Baumaßnahmen zurückgeschraubt wird, weg.

Die Einschränkung dieser Förderung geschieht, meines Erachtens, nicht zu Unrecht. Wenn man Leerstände im Mietwohnungsneubau zu verzeichnen hat, und erkennt, daß nicht nur etwa gebaut wurde, weil der Bedarf an Mietwohnungen vorhanden war, sondern da wurde gebaut, um steuerliche Erleichterungen, steuerliche Vergünstigungen wahrnehmen zu können, muß man diese Förderung zurücknehmen. Völlig klar für meine Begriffe, aber wir haben diese strukturellen Verwerfungen und sollen uns auch nichts vormachen, was die Industrie anbetrifft. Die Industrie ist noch nicht diese hochleistungsfähige Industrie, die wir brauchen, um auf den überregionalen Märkten bestehen zu können. Diese Industrie ist baulastig durch die Vorleistungsbereiche aus der Industrie, die für das Baugewerbe produzieren. Dazu zählen die Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden, der Stahl-, Leicht- und Metallbau, die Eisen-, Blech- und Metallwaren, das sind alles Bereiche, die sehr hohe Anteile in der Industrieproduktion haben. Wenn die Bauproduktion zurückgeht, versetzt dies der Industrie einen Schlag. Die industrielle Basis erweist sich gerade jetzt als zu schmal und zu wenig auf überregionale Märkte ausgerichtet, um die Produktionslücke auszufüllen, die dem Wegfall des Baugewerbes als Konjunkturlokomotive geschuldet ist.

Das betrifft auch die Nahrungsgüterproduktion. Die Industrie, die hier wettbewerbsfähig neu entstanden ist, setzt sich zu einem Viertel aus der Produktion von Lebensmitteln zusammen. Das ist eine Produktion, die vorrangig auf den regionalen Markt ausgerichtet ist und es sehr schwer hat, überregional etwas absetzen zu können. Das sieht man auch an den Exportquoten, nicht nur in den neuen Ländern, sondern auch anderswo, daß die Exportquoten in diesem Bereich der Verbrauchsgüterproduzenten sehr niedrig sind. Insgesamt wundert mich dann natürlich nicht, daß die Exportbasis der Industrie, die hier entstan-

den ist, klein ist. Die Industrie ist nicht nur kleindimensioniert, was die Betriebe anbetrifft und was den Anteil von 15 % an der gesamtwirtschaftlichen Produktion angeht, sondern sie ist auch klein in ihrer Bedeutung für das Ausland, für den Export, und da kommt man nach meinen Rechnungen auf eine 14 % Exportquote. Allerdings käme das hinzu, was hier in bezug auf die innerdeutschen Beziehungen erwähnt wurde.

Ich höre an dieser Stelle auf. Ich will zum Schluß nochmals sagen, es gibt Erblasten, Schocks und Vereinigungssünden. Es gibt aber auch Fortschritte und Vereinigungsguthaben, die habe ich hier nicht angesprochen, die hat die Regierung bereits alle genannt, aber wir sind bei weitem nicht durch. Ich bin mir nicht sicher, ob wir die halbe Strecke des Weges schon getan haben, das Ganze kann trotzdem auch noch einmal abkippen. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Dr. Ludwig für Ihren anschaulichen lebendigen Vortrag. Ich habe jetzt vier Wortmeldungen. Ich würde einmal die Wortmeldungen gleich wieder bündeln, weil wir relativ wenig Zeit haben. Ich lese einmal vor, wer sich gemeldet hat: Herr Spiller, Herr Hiller, Herr Meckel und Herr Braune. Bitte Herr Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich würde gerne zunächst eine Anmerkung zum Beitrag von Herrn Claßen machen, Sie müssen das aber nicht unbedingt kommentieren. Daß Sie als Vertreter des Ministeriums auch die positiven Dinge betonen, ist völlig normal. Aber bei unserer Debatte von vorhin frage ich mich, ob das Politbüro eigentlich die Wahrheit erfahren hat? Hat das Politbüro sich mit unangenehmen Dingen überhaupt befassen wollen? Ich meinte jetzt zunächst einmal das SED-Politbüro. Ist dies nicht eine Frage, die vielleicht eine gewisse Aktualität wieder erlangt hat, weil es auch heute Wahrnehmungsprobleme gibt? Man redet mehr über das Gute, was es sicher auch gibt, aber dabei klammert man sich eigentlich zu stark an die Hoffnungssignale und vernachlässigt eben andere nicht minder wichtige Informationen, und eine solche selektive Wahrnehmung führt nicht immer zu einer guten Handlungsweise. Sehen Sie dies bitte als Vorbemerkung. Sie müssen diese nicht kommentieren, aber mir fiel das insbesondere auf, als Sie von der Zahl der Unternehmen sprachen. Natürlich ist das schön, daß es eine Zahl von vielen Unternehmen gibt, auch von Unternehmensgründungen, das ist alles gut, aber wenn man sich dann auch die Größenordnungen anschaut, und der Frage nachgeht, weshalb haben sich manche Unternehmen niedergelassen, kommt man zu der Antwort, daß da zum Teil auch Verzweiflungsakte dabei sind. Es ist nicht immer das ganz große Konzept dabei, daher ist das vielleicht auch ein bißchen mit Vorsicht zu genießen.

Die eigentliche Frage ist aber an Herrn Ludwig und auch an Herrn Hielscher gerichtet. Stimmen Sie mit mir überein, daß im wesentlichen der Hauptfaktor nach wie vor das Humankapital ist, und daß man darauf setzen muß, daß die tüchtigen Leute auch in Ostdeutschland bleiben bzw. wieder in die neuen Bundesländer zurückkommen? Es ist ja nicht verkehrt, wenn sich diese Leute